

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM, zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Kops. Alle Postanordnungen, Poständerungen und Geschäftsstellenänderungen entgegen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Abrechnung eingehender Entschädigungen erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wichtigster Teil der Zeitung ist die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspunkte, die 2-spaltige Reklameweile im letzten Teil 1 RM. Nachzahlungsgebühr 20 Reichspunkte. Wochenspenden, Tages- und Wochenbelegungen behördlicherseits. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen bitten wir keine Garantie. Jedes Nachzahlungsrecht erlischt, wenn der Betrag durch die eingetragene Werbung oder der Kulturgetriebe in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 212 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod.: Dresden 2640

Freitag, den 9. September 1932

Der gordische Knoten.

Tief im Kurs wie Aktien an deutschen Börsen vor der Hande steht aus verständlichen Gründen die Veranschlagung für alles das, was sich seit Jahren an Konferenzen in der Welt und besonders in Europa „tut“. Steigt die Welle der Not auch noch so hoch, — sie wird doch hinübergeleitet in die politischen Kanäle der Konferenzen. Und es ist daher ein zwar sehr bissiges, aber ebenso überraschendes wie richtiges Wort, das jetzt zum Beginn einer solchen, der jüngsten Tagung, nämlich der „Donaustaaten-Konferenz“, sogar vom Vorsitzenden, einem Franzosen, gewagterweise ausgesprochen wurde: „Die Konferenz solle sich von aller Politik fernhalten.“ Hoffentlich tut sie es!

Das wird ihr freilich ein bißchen schwerfallen, weil über der Geburtsstunde der Konferenz ein politisch grell funkeln der Stern stand. Die namentlich agrarwirtschaftliche Not im „Donauraum“ war ja schon im Winter zu so furchtbarer Höhe gestiegen, daß nun — man erinnert sich ja heute kaum noch an diese Dinge — der Westen Europas nicht mehr umhin konnte, sich mit dieser Lage zu beschäftigen. Frankreich, damals unter Tardieu's politischer Führung, wollte die Dinge unter der Zustimmung Englands allein in die Hand nehmen, aber diese politisch gebachte und ebenso beabsichtigte Ausschaltung Deutschlands mißlang gegenüber dem Widerstand der damaligen, von Italien hierbei unterstützten Reichsregierung, und in Lausanne ist dann für die Inangriffnahme der wirtschafts-, währungs- und handelspolitischen Räte der Donaustaaten eine Konferenz vereinbart worden, die nun in dem Orte Strefa stattfindet.

Schon daß Bulgarien erst mit Mühe und Not, Rußland aber gar nicht zu dieser Konferenz der Donaustaaten und aller übrigen europäischen Länder — der skandinavische Norden und die iberische Halbinsel beteiligen sich natürlich nicht — zugelassen worden sind, daß sich ferner die Staaten der Kleinen Entente vorerst mal in Warschau auf ein bestimmtes handelspolitisches und finanzielles Zusammenmarschieren geeinigt haben, zeigt allein schon, wie notwendig die Mahnung war, die Politik zu Hause zu lassen. Ob man es aber tun wird oder tun will, erscheint schon deswegen recht zweifelhaft, weil Strefa auch als eine Art Vorläufer für die bereits kommende, jetzt aber wieder hinausgeschobene Weltwirtschaftskonferenz betrachtet und bezeichnet wird. Und dort werden alle die „historischen“ Konflikte vor und hinter den Kulissen wirken. Ob auch schon in Strefa...

Finanziell ist man bei den südeuropäischen Agrarstaaten längst ebenso im rasenden Abrutschen, wie dies selbstverständlich mit den Währungen der Fall ist. Man steht überall ebenso im staats- wie im privatwirtschaftlichen Bankrott — trotz oder vielmehr wegen der riesigen Massen von Agrarereignissen, die man nach der Mitte und dem Westen Europas wenig oder gar nicht abgeben kann. Infolgedessen ist man für die industriellen Exporte aus der Mitte und dem Westen Europas gar nicht mehr aufnahmefähig, und selbst der Erdölreichtum Rumäniens ändert nichts an dem ganzen Elend. Gegenseitig hat man sich durch eine irrtümlich große Hochschulzollpolitik, Einfuhrverbote, Kontingentierungen usw. so wohl gegeneinander wie gegen die europäische Exportindustrie fast ganz abgeschlossen, was eigentlich überflüssig ist, weil man diese Industriewaren aus Geldmangel doch nicht kaufen kann. Bezahlen kann man sie eben nur mit Warenexport. Und der stößt wieder auf ähnliche Zoll- oder Verbotswauern im übrigen Europa. Machtpolitische Gegensätze, die sich natürlich in möglichst große militärische Rüstungen fleiden, verhindern ein geschlossenes Zusammengehen im Donauraum, und haben diesen Staaten zudem geradezu irrtümlich hohe Staatsschulden auferlegt, die heute ziemlich restlos „notleidend“ sind und z. T. auch schon zu offiziellen oder tatsächlichen Zahlungseinstellungen, überall aber zu der allerschärfsten Devisenzwangswirtschaft geführt haben, — alles also eine mehr oder minder „gute“ Kopie der Zustände auf dem Erdball überhaupt. Diese Staaten wie anderswo ja auch die agrarischen Rohstoffländer, „verhungern bei vollen Scheunen“.

Sie brauchen neue Anleihen, können diese und ihre alten Schulden aber nur bezahlen mit Waren, — wenn sie überhaupt jene früheren Anleihen noch bezahlen wollen! Erhöhter Getreideabsatz im Westen und in der Mitte Europas, erhöhter Fleischabsatz, also Export bodeneigener Erzeugnisse unter Gewährung von Vorzugszöllen werden schon lange verlangt und jetzt in Strefa schärfstens gefordert. Schon aber beginnt der Streit: Erst Finanz- und dann Ausfuhrhilfe oder umgekehrt? Oder beides gleichzeitig. Der Streit hierum, bei dem die um Hilfe angehenden Großmächte aber durchaus die Notwendigkeit jener Forderungen einsehen, besteht nun jedoch auch bei den Großmächten selbst: Frankreich will schon eine Anleihe geben, wenn man sich nur innerhalb der Balkanstaaten selbst durch gegenseitige Vorzugszölle — „Präferenzen“ — sich „verständigen“, sich also fester zusammenschließen würde! Das wäre allerdings auch nur eine Koalition wirtschaftlicher Hilfsigkeiten, was aber vielleicht der — politische Zweck der Übung, nämlich des „Tardieu-Blanes“ ist.

Hindenburg und der Reichstag.

Der Empfang des Reichstagspräsidiums.

Reichspräsident von Hindenburg hat nach seiner Rückkehr in die Reichshauptstadt alsbald die Vorträge über die politische Lage entgegengenommen. Zunächst wurde Reichskanzler von Papen empfangen, nach ihm erschien Reichsaußenminister von Neurath, der den Reichspräsidenten besonders über die Verhandlungen mit Frankreich in der Abrüstungsfrage unterrichtete. Am Freitagvormittag empfing Hindenburg das neue Reichstagspräsidium, bestehend aus dem Präsidenten Göring von der NSDAP, dem Zentrumsgewählten Esser, dem Deutschnationalen Graef und dem Abgeordneten Neuch von der Bayerischen Volkspartei. Von diesem Empfang erwartet man große Wirkungen für die weitere Entwicklung.

Reichstagspräsident Göring hat sich mit dem Reichskanzler über den Ablauf der nächsten Reichstagsitzung am Montag unterhalten. Es steht nun fest, daß der Reichskanzler am Montag nachmittag um 3 Uhr seine Erklärung vor dem Reichsparlament abgeben wird. Die Sitzung wird dann, wie üblich, vertagt und die Aussprache über die Erklärung des Kanzlers beginnt erst am Dienstag. Am Schluß der Aussprache sollen dann

die Abstimmungen

über die verschiedenen Anträge stattfinden. Die Sozialdemokraten haben schon einen Mißtrauensantrag gegen Papen eingebracht, ebenso den Antrag, die Rotverordnung der Reichsregierung aufzuheben. Ob es zu einer Abstimmung kommt oder ob der Reichstag vorher aufgelöst wird, oder ob sich dieser — was auch möglich ist — ohne Abstimmung auf unbestimmte Zeit vertagt, das alles läßt sich noch nicht voraussagen.

Zunächst richtet sich nun die ganze Aufmerksamkeit auf den Empfang des Reichstagspräsidiums bei Hindenburg. Man glaubt, daß Göring

an Hindenburg die Frage stellen

wird, ob er bereit sei, eine neue Regierung zu berufen, die sich auf Zentrum und Nationalsozialisten stützt. Wenn man die Lage in diesem Punkt klar übersehen will, muß man sich an den Grundjah erinnern, den Hindenburg für seinen Beschluß am 13. August aufgestellt hat, als er Hitler eine Abgabe erteilte. Damals sagte Hindenburg, er wolle eine Regierung, die von den Parteien unabhängig ist. Es ist kaum anzunehmen, daß Hindenburg diesen Grundsatz während seines Aufenthalts in Neudeck geändert hat, zumal er erst vor wenigen Tagen Herr von Papen die Vollmacht zur Durchführung eines umfassenden Wirtschaftsprogrammes erteilt hat. Aber die Antwort Hindenburgs auf eine solche Frage dürfte also kaum Unklarheit herrschen. Ob die Nationalsozialisten mit dem Zentrum zusammen überhaupt so weit kommen, daß sie dem Reichspräsidenten auch ein Arbeitsprogramm präsentieren könnten — darauf kommt es Hindenburg an —, das ist bisher noch sehr fraglich. Es scheint überhaupt, als ob die Nationalsozialisten gar nicht mehr mit einer Verständigung mit dem Reichspräsidenten rechnen. Nur so kann man sich

die scharfen Angriffe

Hitlers erklären, die er in seiner jüngsten Rede in München gegen den Reichspräsidenten gerichtet hat. Hitlers Worte, Hindenburg sei ja 85 Jahre alt, er aber, Hitler, erst 43, und er werde deshalb bestimmt an die Reihe kommen, werden in der ganzen politischen Welt viel vermerkt. Man meint wohl nicht mit Unrecht, daß sie nicht gerade dazu geeignet sind, eine Zusammenarbeit der NSDAP mit Hindenburg zu fördern. Hitler weist in Berlin, um an den Verhandlungen mit dem Zentrum teilzunehmen.

Deutschland will seit langem Handelsverträge mit den Donaustaaten auf Grund von „Präferenzen“ gegenseitiger Art schließen: Vorzugszölle also für unsere Industrieexporte drüben und solche für Agrarimporte haben. Hinzu treten — meist, aber nicht immer — „Kontingentierungen“ für die wechselseitigen, also nur mit Präferenzzöllen belasteten Importe: Bestimmte Mengen Agrarprodukte gegen bestimmte Mengen industrieller Fertigwaren. Ein Vorzugszollsystem mit Kontingentierung ist also das Ganze, ungeheuer kompliziert, aber doch möglich, da wir z. B. mit Rumänien einen solchen Vertrag vereinbart haben. Sofort erfolgt der Protest der „meistbegünstigten“ Staaten, die ja auf Grund ihrer Handelsverträge das Recht haben, automatisch in den Genuß jeder Zollbegünstigung zu treten, die der Vertragspartner einem dritten Staat gewährt. Fürchterlich kompliziert ist das alles, aber die Handels- und Zollpolitik der Welt im allgemeinen und im nun auch wirtschaftlich balkanisieren Europa stellt ein derartiges Wirrwarr dar, daß diesem gegenüber der gordische Knoten noch ein leicht zu entwirrender Anäuel ist.

Das Reichstagspräsidium bei Hindenburg.

Berlin. Der Reichspräsident empfing heute 11.30 Uhr das Reichstagspräsidium, den Reichstagspräsidenten Goering, Vizepräsidenten Esser, Graef und Neuch. Der Empfang dauerte zwanzig Minuten. Es nahm an demselben nur noch der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Reifner, teil. Zuerst wurden die Herren dem Reichspräsidenten vorgestellt und die üblichen Höflichkeiten gewechselt. Der Reichstagspräsident Goering begann dann auf die politische Lage einzugehen, wogegen der Vizepräsident Graef sofort Einspruch erhob. Trotzdem entwickelte sich eine politische Aussprache, bei der die Herren des Reichstagspräsidiums den Reichspräsidenten daran erinnerten, daß für den Reichspräsidenten die Möglichkeit bestehe, mit dem Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu arbeiten. Sie äußerten zum Schluß den Wunsch und die Bitte, daß der Reichspräsident womöglich vor irgend welchen Entscheidungen doch nochmals mit den Führern der großen Parteien Rücksprache nehmen werde. Der Reichspräsident hat sich seine Entscheidung vorbehalten.

Der Rücktritt des Reichsernährungsministers gefordert.

Dresden. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Körner, Mitglied der sächsischen Landwirtschaftskammer, hat an den Reichsernährungsminister Freiherrn von Braun folgendes Telegramm gerichtet: „Viele Tausende bittere Not leidende sächsische Bauern haben mit Schreden von dem Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen Kenntnis genommen und darin vergeblich direkte und sofortige Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft gesucht. Siderlich sind Sie mit Ihren Wünschen für die Landwirtschaft bei den anderen Kabinettsmitgliedern nicht durchgedrungen. Das sächsische Bauerntum fordert von Ihnen, daß sie als Protest gegen diese neuerliche Übergehung der Landwirtschaft Ihr Amt als Reichsernährungsminister sofort niederlegen und mit uns zusammen weiter für die Anerkennung der landwirtschaftlichen Belange kämpfen.“

Die Besprechungen über die Tariffragen.

Vertreter der Angestellten- und Arbeitergewerkschaften beim Reichsarbeitsminister.

Der Reichsarbeitsminister hatte mit den Spitzenverbänden der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen eine Aussprache über Richtlinien für die Anwendung der Beschäftigungssprämie und der Vollzugsverordnung über Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Vor dem Eintritt in die Aussprache erhoben die Verbände aus sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Erwägungen Widerspruch gegen die neuen Vorschriften im allgemeinen. Mit diesem Vorbehalt ersuchten sie dann um Auskunft über Sinn und Tragweite der einzelnen Vorschriften, über die Anwendbarkeit der Vorschriften auf bestimmte Fälle und über die Möglichkeiten, die tatsächlichen Schwierigkeiten zu überwinden und die ungerechtfertigten Ausnahmungsverfüge auszuschließen. Die Auskünfte wurden erteilt. Die vorgetragenen Anregungen wird der Reichsarbeitsminister weiterverfolgen.

Die NSDAP. zum Wirtschaftsprogramm Papens.

Abschluß der Wirtschaftstagung.

Am letzten Tage der programmatischen Wirtschaftsbearbeitungen in der Reichsleitung der NSDAP. in München sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Menteln über die Unzulänglichkeit kapitalistischer Methoden zur Anfurderung der Wirtschaft. Insbesondere übte der Redner Kritik an dem Papenschen Wirtschaftsprogramm. Werner Datz sprach über Zinsenkung, Lastensenkung und zusätzliche Arbeitsbeschaffung, während Reichstagsabgeordneter Reinhardt noch einmal in großen Zügen die nationalsozialistische Grundeinstellung zur Arbeitsbeschaffung umriß und ausführte: Die deutsche Wirtschaft sei durch das System Brüning, ebenso wie durch Papen nicht angefordert, sondern abgefordert worden. Es dürfe keine weitere Kürzung der Löhne, Gehälter und Renten erfolgen. Ein grundsätzlicher Umbau des Steuerwesens, eine Senkung der Zinssätze, eine Streichung überflüssiger Sachausgaben müsse eine Erhöhung der gesamten Kaufkraft erzielen. Abgeordneter